LOBBE

TatSachen

Ausgediente Technik

Rekommunalisierung
Ignorierte Warnungen

Wertstoffsortieranlage
Minister bei Einweihung

Altlastensanierung
„Große Hölle“ wird kleiner

4 | **Ungebremst**
Offenbar auf taube Ohren stoßen alle Warnungen vor einer Ausweitung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit. Der Trend ist ungebremst.

8 | **Und es hat „klick“ gemacht**
NRW-Umweltminister Johannes Remmel blieb es vorbehalten, die neue Wertstoffsortieranlage offiziell in Betrieb zu setzen - mit einem Mausklick.

10 | **Schrittmacher und 39 Azubis**
Lobbe als Schrittmacher für die landesweite KlimaExpo.NRW - und erste berufliche Schritte für 39 neue Auszubildende.

12 | **Gelsenkirchen**
Nein, es geht nicht um Schalke. Sondern um die BP-Raffinerie im Ortsteil Scholven. Gelungener Einstand für Lobbe bei der Revision.

14 | **Richtungweisend**
Die Stadtwerke Karlsruhe modernisieren ihre Verwaltung „energetisch“. Vorneweg Schadstoffsanierung und Entkernung. Ein Kluge-Projekt.

16 | **Viertausend**
Im Verbandsgebiet des ASTO sind rund 4.000 Straßen verzeichnet, Lobbe fährt auf allen. Flexibel unterwegs mit neuer Seitenladertechnik.

20 | **Ausgedient**
Gasometer sind außergewöhnliche technische Bauwerke. Aber ihre Zeit ist weitgehend vorbei, auch im ostwestfälischen Bielefeld.

22 | **Tempelhofs „H2 rund“**
In Tempelhof wollen sie das einstige US-Offiziershotel im Gebäude „H2 rund“ in ein Kreativzentrum umwandeln. Kluge schafft die Basis.

24 | **Endstation „Große Hölle“**
Jahrzehntelang war ein Eiszeit-Loch in der Uckermark Endstation für Erdöl- und Chemieabfälle. Seit Mai wird die Altlast saniert.

28 | **Stillgestanden**
Nichts kocht mehr im HKM-Stahlwerk. Es läuft die „Putzschicht“. Vier Tage lang rund um die Uhr „Saubermachen“.

30 | **Lobbes „SEK“-Einsatz**
Nichts Gefährliches. Hier wurde nur mit Sand geschossen, damit die Spezialkräfte der Polizei gefahrlos trainieren können.

IMPRESSUM

Auflage: ca. 5.500 Exemplare
Herausgeber: Lobbe Holding GmbH & Co KG · Bernhard-Hülsmann-Weg 2 · D-58644 Iserlohn
Telefon +49 23 71 - 888 - 0 · Fax +49 23 71 - 888 - 108 · www.lobbe.de
Verantwortlich: Jörg Mueller · Lobbe Industrieservice GmbH & Co KG · Stenglingser Weg 4–12
D-58642 Iserlohn · Telefon +49 23 74 - 504 - 350 · Fax +49 23 74 - 504 - 353
E-Mail: joerg.mueller@lobbe.de
Redaktionelle Mitarbeit: Bärbel Weist
Fotos: Lobbe (sofern nicht anders angegeben)
Titelfoto: Stillgelegter Gasometer im Bielefelder Ortsteil Heeper-Fichten

Liebe Leserinnen und Leser,

war die „Rekommunalisierung“ vor zehn, fünfzehn Jahren vielleicht eine Tendenz, so ist sie jetzt zum Trend geworden. Immer mehr Kommunen verstaatlichen Entsorgungsdienstleistungen, die zuvor von privaten Unternehmen erbracht wurden. Zugegeben, wir als Lobbe sind erfreulicherweise von dieser Entwicklung nur in ganz geringem Ausmaß betroffen. Trotzdem schauen wir nicht weg. Denn die Mittel, derer sich vor allem Großstädte zuweilen bedienen, sind in meinen Augen ausgesprochen bedenklich. Zum einen gehen sie bei Ausschreibungen mit einem Steuervorteil von 19 Prozent ins Rennen, zum anderen weichen sie immer mehr das Subsidiaritätsprinzip (siehe Seite 6) auf, das dem Staat vom Grundsatz her wirtschaftliche Aktivitäten nur in Ausnahmefällen zugesteht.

Signifikante Gesetzesänderungen zugunsten kommunaler Unternehmen werden auf Bundes- und Landesebene beschlossen. Mit Befremden muss man zur Kenntnis nehmen, dass im politischen Berlin (und auch andernorts) alle seriösen und fundiert vorgetragenen Warnungen vor einer weiteren Ausweitung kommunaler Unternehmenstätigkeiten in den Wind geschlagen werden. Zusätzlich erschwert wird die Situation unserer Branche durch eine Flut von Gesetzesnovellierungen, neuen Gesetzen und Verordnungen. Selbst versierten Juristen fällt es zunehmend schwerer, sich durch dieses Dickicht zu kämpfen, das noch engmaschiger und undurchschaubarer zu werden scheint. „Quo vadis Deutschland – wo geht es hin mit Deutschland?“ Nicht nur ich stelle mir diese Frage immer häufiger.

Quo vadis Lobbe? Da ist die Fakten- und Gefühlslage eine völlig andere. Die gute Entwicklung hält an. Im Geschäftsbereich Industrieservice haben wir viele Schritte nach vorn gemacht, indem wir mehr Leistungen bei unseren Bestandskunden platziert haben und neue Kunden gewinnen konnten. Keine Frage, das hört sich leichter an als getan. Es ist letztendlich die Summe von positiven Merkmalen, die mit dem Industrieservice von Lobbe verbunden sind, beispielsweise Ideenreichtum, Investitionskraft, Zuverlässigkeit, Sicherheitsbewusstsein. Und in der öffentlichen Wahrnehmung sind wir auch präsenter als früher, wie die Nominierung für einen DEKRA-Sicherheitsaward zeigte. Alle Erwartungen haben sich auch im Geschäftsbereich Entsorgung erfüllt. Mit unserer neuen Wertstoffsortieranlage am Standort Sümmern haben wir offenbar einen Volltreffer gelandet. Qualität setzt sich durch, was auch für die Lobbe-Schwestergesellschaft „Kluge Sanierung“ gilt. Die Multikomponentensanierung im Weltkulturerbe Völklinger Hütte war sicherlich ein „kleines“ Meisterstück, das in der Fachwelt größte Anerkennung gefunden hat.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine kurzweilige Lektüre unserer „TatSachen“ und eine schöne Adventszeit.

Ihr Ernst-Peter Rahlenbeck

Staatswirtschaft wuchert ungebremst

Berlin ignoriert sämtliche Warnungen

Berlin. Das Kabinett um Bundeskanzlerin Angela Merkel ignoriert schon seit längerem fundierte Warnungen, die Staatswirtschaft weiter ausufern zu lassen. Selbst ein in seltener Einmütigkeit verfasster offener Brief von sieben Wirtschaftsverbänden, selbst Stellungnahmen der Monopolkommission, des Bundeskartellamtes, des Deutschen Steuerzahlerinstitutes, des Bundes der Steuerzahler, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und anderer Institutionen prallen wirkungslos am politischen Berlin ab. Die mit einer kommunalen Wirtschaftstätigkeit verbundenen Risiken werden schlichtweg unter den Teppich gekehrt, das private Unternehmertum wird dadurch zunehmend erheblich benachteiligt. Davon abgesehen zahlt der Bürger schon jetzt die Zeche für Kosten kommunaler unternehmerischer Tätigkeiten ganz allein aus seinem privaten Portemonnaie.

Auch auf Bundesebene wird Politik gegen die private Entsorgungswirtschaft beschlossen. Oftmals initiiert wird diese wettbewerbsfeindliche Entwicklung über die kommunale Basis. Dies trifft vor allem auf die Großstädte zu. Über eine Protokollnotiz zum Umsatzsteuergesetz wurden die Kommunen von der 19-prozentigen Umsatzsteuer befreit. Damit werden kommunale Dienstleistungen subventioniert, die Umsatzsteuer geht dem Fiskus verloren. Die Zeche zahlt der Bürger.

Copyright: Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

19 Prozent Subvention

Man ist geneigt zu sagen, es sei ein altbekanntes Muster aus der Vorwendezeit: Der Trend zur Staatswirtschaft ist ungebrochen. Zumindest gilt das für die Entsorgungsbranche. Und der kommunale politische Arm, der die privaten Unternehmen bisweilen unangenehm aushebelt, reicht bis hinauf in die Bundesregierung. Sie beschloss im September durch die kalte Küche, wohlbedacht im medialen Schatten der Flüchtlingskrise und des Abgas-Skandals bei VW, das Steuerprivileg für (inter)kommunale Dienstleistungen gesetzlich festzuschreiben. Der Vorteil, zu dem Kommunen mit Dienstleistungen aller Art und nicht nur Entsorgung an den Markt gehen können, liegt bei 19 Prozent erlassener Umsatzsteuer. Fairer Wettbewerb sieht anders aus. Er ist nur noch das Zerrbild einer gefährlichen Subventionsphilosophie. Denn die 19 Prozent Umsatzsteuer gehen dem Fiskus verloren und versteckte Subventionen sind eigentlich ein Fall für den Europäischen Gerichtshof.

Das Bundeskartellamt

Das Bundeskartellamt bringt es in seinen jüngsten Thesen zur „Rekommunalisierung im wettbewerblichen Kontext“ auf den Punkt: Die wirtschaftliche Betätigung des Staates sollte dort, wo auch private Unternehmen Leistungen erbringen können, stetig hinterfragt werden. In den Entscheidungsprozessen über die wirtschaftliche Betätigung des Staates sollte der Gedanke der Subsidiarität stärker Berücksichtigung finden. Wenn die öffentliche Hand wirtschaftlich tätig wird, sollte sie ihre Beweggründe und die mit der wirtschaftlichen Betätigung verbundenen Vor- und Nachteile vor den Entscheidungen transparent und damit abwägbar machen. „Effizientes Wirtschaften und bezahlbare Preise sind am besten im Wettbewerb zu erreichen. Private Marktakteure zurückzudrängen und die kartellrechtliche Aufsicht über kommunale Unternehmen zu lockern, ist daher der falsche Weg“, so Kartellamtspräsident Andreas Mundt.

Der Bund der Steuerzahler

Auch die Kritik vom Bund der Steuerzahler geht in die gleiche Richtung. In einem Bericht, den die Hildesheimer Allgemeine Zeitung Anfang September veröffentlichte, kommt Niedersachsens Steuerzahlerbund-Vorsitzender Bernard Zentgraf zu Wort. Er beschwert sich, „dass die Landesregierung die wirtschaftlichen Regeln für Kommunen noch weiter lockern will“. Begrifflich geht es hier um die Streichung des „Subsidiaritätsprinzips“, das – salopp formuliert – den Kommunen ans Herz legt, sich aus allen geschäftlichen Tätigkeiten herauszuhalten, die auch private Unternehmen erledigen können. Festzustellen bleibt, dass auch andere Bundesländer durch Änderungen der Gemeindeordnung das Prinzip Subsidiarität weiter zugunsten der Kommunen und zum Nachteil des Unternehmertums aushöhlen.

Der BDE

Der BDE sieht nicht nur die Interessen seiner Mitglieder. Es sei auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, wenn die Qualität und der Preis einer Entsorgungsleistung im Wettbewerb überprüft werde. Der Staat müsse sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Die sogenannte „Daseinsvorsorge“ darf in der Tat kein Blankoscheck für die Kommune sein, die Marktwirtschaft in eine Staatswirtschaft umzubauen. BDE-Präsident Peter Kurth: „Es ist keine Kleinigkeit, wenn kommunale Unternehmen funktionierende, bislang privatwirtschaftlich organisierte Entsorgungsbereiche übernehmen und Wertschöpfungsketten in der Kreislaufwirtschaft zerschlagen."

Fortsetzung auf Seite 6

Staatswirtschaft führt zu nichts, Marktwirtschaft zum Ziel.

Foto: fotolia

Die Balance wiederherstellen

BDI sieht großen Anlass zur Sorge

Forsetzung von Seite 5

Die Monopolkommission der Bundesregierung

Bereits im Sommer 2014 stellte die von der Bundesregierung (!) einberufene Monopolkommission fest, sie sehe die Grenzen der kommunalen Wirtschaftstätigkeit erreicht und wende sich gegen einen Trend zur Rekommunalisierung. „Die Überdehnung der kommunalen Wirtschaftsaktivitäten kann Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben und dazu führen, dass erhebliche finanzielle Risiken auf die Bürger verlagert werden“, so der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Daniel Zimmer. Zudem unterliege die Höhe der Gebühren kommunaler Unternehmen derzeit keinerlei wirksamer Effizienzkontrolle, wodurch die Bürger zusätzlich belastet würden. Die Kommission schlägt vor, geeignete Voraussetzungen für eine bessere Aufsicht unter anderem durch Bürger und Entscheidungsträger zu schaffen, um kommunale Wirtschaftstätigkeit zu kontrollieren und transparent zu machen.

Der BDI

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht in der Rekommunalisierung ebenfalls großen Anlass zur Sorge. Präsident Ulrich Grillo erklärt im Vorwort zu einer Studie zum Gemeindewirtschaftsrecht, der BDI stehe der zunehmenden wirtschaftlichen Betätigung des Staates – in allen Bereichen der Daseinsvorsorge – kritisch gegenüber. Effizientes Wirtschaften und bezahlbare Leistungen seien am besten im Wettbewerb zu erreichen. „Ein der Privatwirtschaft offen stehender fairer Wettbewerb ist unverzichtbare Voraussetzung für eine qualitativ hohe flächendeckende Versorgung der Bürger mit notwendigen und wichtigen Dienstleistungen“, schreibt Grillo. Auch der BDI misst dem Subsidiaritätsprinzip große Bedeutung zu. Ihm komme, so die Studie des Industrieverbandes, die Aufgabe zu, eine ordnungspolitische Balance zwischen privater und kommunaler Wirtschaft herzustellen.

Balance wiederherstellen

Die Branche steht vor der undankbaren Aufgabe, diese aus den Fugen geratene Balance wiederherzustellen und zwar schnellstmöglich. Bislang geben sich Verband und Unternehmen sehr moderat. Aber inzwischen gibt es - vereinzelt – Stimmen, die eine offensivere Gangart begrüßen würden. Notfalls müsse sich die Branche auch mal unorthodoxer Mittel bedienen und die im Parlament vertretenen Parteien während des nächsten Bundestagswahlkampfes mit der Situation deutlicher als gewohnt konfrontieren. Es gehe dennoch weiterhin um einen konstruktiven Dialog. Ungeachtet dessen hatte der VBS (Verband Bayrischer Städtereiniger) vor einigen Monaten bereits den Ernstfall geprobt und während einer CSU-Veranstaltung in Bamberg auf die immer schwieriger werdende wirtschaftliche Situation der privaten Unternehmen aufmerksam gemacht. Erstmals waren die Unternehmer dafür demonstrierend auf die Straße gegangen.

„Subsidiarität“ heißt, dass der Staat außen vor zu bleiben hat

Subsidiarität - selbst langsam gesprochen bleibt der Begriff an sich weiterhin sperrig, eckig, ungelenk. Aber er kennzeichnet einen der wichtigsten Grundzüge unserer sozialen Marktwirtschaft. Der Staat soll demnach nur dann eingreifen, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Er soll sozusagen „in Reserve bleiben“.

Das Gabler-Wirtschaftslexikon definiert wie folgt: „Subsidiarität ist das Prinzip, das auf die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung abstellt. Nur dort, wo die Möglichkeiten des Einzelnen bzw. einer kleinen Gruppe nicht ausreichen, Aufgaben zu lösen, sollen staatliche Institutionen subsidiär eingreifen. Dabei ist der Hilfe zur Selbsthilfe der Vorrang vor einer unmittelbaren Aufgabenübernahme durch den Staat zu geben.“

Subsidiarität ist die Garantie für freien Wettbewerb. Die Liberalisierung bei Strom, Gas, Telekommunikation, Reiseverkehr hat zu Vorteilen für die Verbraucher geführt. Inzwischen wird das Prinzip im Bereich der Abfallwirtschaft ad absurdum geführt. Zum Nachteil der Verbraucher und der freien wie auch sozialen Marktwirtschaft.

Ulrich Grillo, Präsident des BDI: „Sehen in der Rekommunalsierung großen Anlass zur Sorge.“ Foto: BDI / Christian Kruppa

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes: „Private Marktakteure zurückzudrängen ist der falsche Weg.“ Foto: Bundeskartellamt

Daniel Zimmer, Chef der Monolpolkommission: „Grenzen kommunaler Wirtschaftstätigkeit sind erreicht.“ Foto: Monopolkommission

Bernhard Zentgraf, Vorsitzender des BdSt Niedersachsen: „Das Prinzip der Subsidiarität wird zunehmend ausgehöhlt.“ Foto: BdSt

Peter Kurth, Präsident des BDE: „Der Gesetzgeber treibt Wettbewerbsvorteile für kommunale Unternehmen voran.“

Offener Brief

Gegen Staatsmonopole in der Recycling- und Rohstoffwirtschaft

Ein effizienter Umgang mit Rohstoffen und natürlichen Ressourcen ist eine Schlüsselkompetenz zukunftsfähiger Länder. Neue Lösungen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz stärken den Standort Deutschland, schaffen neue Arbeitsplätze und schützen unsere Natur durch Verringerung von Treibhausgas-emissionen. Schon heute ist für 85 Prozent der Unternehmen der Zugang zu bezahlbaren Rohstoffen der wichtigste Einflussfaktor für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Eine Steigerung der Ressourceneffizienz – zum Beispiel durch mehr Recycling und geringeren Materialeinsatz - ist daher ökologisch, sozial und ökonomisch eine der großen strategischen Fragen unseres Landes.

Daher fordern wir die Bundesregierung, die Regierung der Länder sowie die Parlamente im Bund und in den Ländern auf, dafür Sorge zu tragen, dass bei künftigen gesetzlichen Regelungen (zum Beispiel Vergaberecht, Wertstoffgesetz) sichergestellt ist,

- ... dass ein Wettbewerb um die beste, d. h. effizienteste und ökologischste Lösung uneingeschränkt möglich ist. Jede Form von Monopolen – ob auf Seiten der Wirtschaft oder des Staates – führt dagegen zu steigenden Kosten, einer Verschlechterung der Qualität und einem Rückgang der Wirtschaftskraft Deutschlands.
- ... dass der Staat seine Funktion als Gestalter der Wirtschafts- und Umweltpolitik nicht dazu missbraucht, private Unternehmen aus dem Markt zu drängen. So haben die Kommunen bereits in den letzten zwei Jahren ihre Einnahmen um rund 15 Milliarden auf fast 204 Milliarden Euro gesteigert. Die Verstaatlichung weiter Teile der Umweltwirtschaft verhindert Innovation und Wettbewerb.
- ... dass die Einnahmen aus Gebühren – z. B. im Abfallbereich – für den Bürger transparent und nachvollziehbar gemacht werden und bei sinkenden Preisen und steigendem Recycling Einsparungen an den Bürger weitergegeben werden.
- ... dass die gesetzlichen Rahmenvorgaben einen Anreiz setzen, weitere Entwicklungen zur Rohstoffeffizienz und dem nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen zu fördern.
- ... dass das Bewusstsein des Bürgers dafür gesteigert wird, dass sein verantwortungsvolles Handeln gleichermaßen ihm selber und der Allgemeinheit Nutzen bringt.
- ... dass der Verbraucher als mündiger Bürger behandelt wird, der – wo immer dies heute bereits möglich ist – auch in Zukunft die Freiheit behält, seine Wahl selbst zu treffen.
- ... dass die im Ressourceneffizienzprogramm ProgRess selbstgesteckten Ziele auch in konkretes, politisches Handeln überführt werden und nicht nur in Sonntagsreden einfließen.

Die Verfasser dieses offenen Briefes sind fest davon überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft die Grundlagen geschaffen hat, um Deutschland zu einer der führenden Wirtschaftsnationen zu entwickeln. Der faire Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft dient mit seiner Dynamik dem nachhaltigen Fortschritt, wogegen Missbrauch des Wettbewerbsprinzips und dessen Unterhöhlung Fortschritt vernichten. Die Privatunternehmen der Umweltwirtschaft brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.

*Die Unterzeichner: **Bernhard Reiling** (bvse*), **Peter Kurth** (Präsident des BDE), **Otto Heinz** (Präsident VBS), **Heiner Gröger** (Präsident BDSV), **Uwe Groll** (1. Vorstand BAV) **Christian Hartmann** (Präsident BVA) und **Thomas Reuther** (Präsident VDM)*

Abkürzungen: **bvse (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung), **BDE** (Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft), **VBS** (Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen), **BDSV** (Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen), **BAV** (Bundesverband der Altholzaufbereiter und -verwerter), **BVA** (Bundesverband Altöl), **VDM** (Verband Deutscher Metallhändler)*

Der Minister ließ es klicken

Remmel: „Investition ein deutliches Zeichen“

Iserlohn. Es war ein dem Anlass angemessenes Event. Denn über zwölf Millionen Euro für eine Einzelinvestition zu stemmen und dies weitgehend klanglos im Tagesgeschäft untergehen zu lassen, wäre der Sache wegen einigermaßen respektlos gewesen. Im Januar hatte Lobbe am Standort Iserlohn-Sümmern eine neue Wertstoffaufbereitungsanlage (WAA) in Betrieb genommen. Die offizielle Einweihung mit symbolischem Start durch einen Mausklick, mit vielen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung im April zeigte einmal mehr die wesentliche Rolle des Mittelstandes in der Abfallwirtschaft. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) wusste dies ausdrücklich zu würdigen: „Zwölf Millionen in die Hand zu nehmen in diesen investitionsschwachen Zeiten – das ist ein deutliches Zeichen.“

In der derzeit europaweit modernsten Anlage werden mit einer Jahreskapazität von 95.000 Tonnen Leichtverpackungen aus den Dualen Systemen sortiert. Von ihrer Leistungsfähigkeit überzeugte sich der Minister bei einem Rundgang und war begeistert von den Optionen, die die Anlage noch bietet. Die Entscheidung zum Bau eines solchen Hightech-Komplexes kam allerdings zur „Unzeit“ , fiel mitten in die noch nicht beendete Diskussionen um die Abschaffung der Dualen Systeme und die staatswirtschaftlich orientierte Neufassung des Wertstoffgesetzes mit geplanter Sammelhoheit bei den Kommunen.

„Wir haben in den vergangenen drei Jahren schon mehrfach in den Startlöchern für den Bau gestanden. Letztendlich ging es uns jetzt auch darum, ein weithin sichtbares Signal zu setzen, dass es eine funktionierende Abfallwirtschaft nicht ohne privates Unternehmertum geben kann“, so Ernst-Peter Rahlenbeck, Geschäftsführer der Lobbe-Holding. Allen Bestrebungen, die Abfallwirtschaft weiter zugunsten kommunaler Betriebe zu regulieren, erteilte er auch im Rahmen der WAA-Einweihung eine unmissverständliche Absage. „Remmel kennt unsere Position und wir werden uns weiterhin offensiv zu ihr bekennen.“

Stimmungsbilder. Entspannte Atmosphäre, interessierte Gäste. Die offizielle Feier zur Inbetriebnahme der Lobbe-Wertstoffaufbereitungsanlage am Standort Iserlohn Sümmern war ein rundum gelungenes Event. Willkommene Gelegenheit für einen Meinungsaustausch, für die politische Begegnung oder einfach auch nur für ein Wiedersehen unter (Geschäfts-)Freunden.

Symbolischer Mausklick von NRW-Umweltminister Johannes Remmel in der Schaltzentrale. Für den Grünen-Politiker ist die Lobbe-Anlage in Sümmern ein wichtiger Baustein der Kreislaufwirtschaft, um Ressourcen zukünftig besser zu schützen.

Die Anlage aber steht nicht nur für die private Investition an sich, sondern im gleichen Atemzug auch für verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Lobbe-Gesellschafter Gustav Edelhoff brachte es in den Gesprächen auf den Punkt: „Wir vereinen ökonomische und ökologische Ziele mit unserer neuen Technik auf einem optimalen Nenner. Wirtschaftlicher Erfolg steht hier dem Ressourcen- und Klimaschutz keinesfalls im Wege, sondern beschleunigt ihn geradezu. Aber das ist keine neue Erkenntnis, sondern hat für unsere Branche schon immer gegolten und gilt auch für die Zukunft.“ Pionierarbeit hat die Branche geprägt, dafür steht insbesondere der Lobbe-Standort Iserlohn-Sümmern, an dem die Familie Edelhoff ein Stück deutscher Entsorgungsgeschichte mitgeschrieben hat.

Dass auch verlässliche Rahmenbedingungen seitens Politik und Gesetzgebung zu den Voraussetzungen für innovative unternehmerische Entscheidungen gehören, blieb nicht unerwähnt. Dem stimmte NRW-Umweltminister Johannes Remmel zu. Was das Wertstoffgesetz angehe, forderte er eine Gesamtlösung in Verbindung mit einer neuen Gewerbeabfallverordnung. „Wir in NRW machen uns stark für ein integriertes Wertstoffgesetz.“ Angesichts endlicher Rohstoffe habe man eine gewaltige Zukunftsaufgabe zu bewältigen. Die neue Anlage setze ein Zeichen, sie sei ein wichtiger Baustein für die Kreislaufwirtschaft, so Remmel gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk.

Michael Wieczorek: „Das war ein Projekt mit geballtem Herzblut“

Michael Wieczorek, Projektleiter und zuständiger Lobbe-Geschäftsführer, zog nach zehn Monaten WAA-Betrieb eine positive Bilanz. Die Output-Qualitäten der verschiedenen Sorten bekämen kundenseitig gute Noten, die Anlage erfülle alle in sie gesetzten Erwartungen. Derzeit würden aufs Jahr gerechnet rund 75.000 Tonnen unterschiedlichster Wertstoffarten sortiert. „Wir haben also noch Luft nach oben, wollen in 2016 die volle Kapazität von 95.000 Tonnen per anno ausschöpfen“, kündigte Wieczorek an und nutzte die Gelegenheit, sich bei allen an Anlagenplanung, -technik und -errichtung Beteiligten zu bedanken. Das Projekt sei eines gewesen, das jedem überdurchschnittlichen Einsatz abverlangt hätte. „Sonst hätten wir vom ersten Spatenstich bis zum Start nicht nur fünf Monate benötigt. Das war ein Projekt mit geballtem Herzblut.“

Mit eben diesem „Herzblut“ wird es bei Lobbe weitergehen. In jeder Beziehung und in jede Richtung. Weitere größere Investitionen sind dabei nicht ausgeschlossen.

Willkommen im Lobbe-Team

Start für 39 neue Auszubildende

Iserlohn. Sie möchten Kfz-Mechatroniker, Industriemechaniker, Berufskraftfahrer, Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice, Fachinformatiker Systemintegration, Industriekaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Büromanagement und Chemielaborant/-in werden. 39 junge Leute, die sich in diesem Jahr für eine Ausbildung in der Lobbe-Gruppe entschieden haben. Willkommen im Team!

Ein mehrtägiges Einführungsprogramm mit Workshops und Standortbesichtigungen gehörte zum Start in den Beruf ebenso dazu, wie ein gemeinsames Mittagessen mit der Gesellschafterfamilie Edelhoff und ihren Führungskräften. Eine gute Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Dabei fiel natürlich auch die Frage, warum man sich bei Lobbe um eine Ausbildungsstelle beworben habe. Erstaunlich und erfreulich zugleich die Antwort eines großen Teils der Azubis: Das Unternehmen sei ihnen als Ausbildungsbetrieb empfohlen worden – von Familienmitgliedern, Nachbarn, Bekannten und Freunden. Lobbe präsentiert sich überall dort sehr aktiv, wo es um das Werben um Nachwuchskräfte geht – auf Ausbildungsmessen, in Schulen oder auch mit eigenen Veranstaltungen. Wenn letztendlich für viele aber der gute Ruf ausschlaggebend war, hat man als Unternehmen nicht viel falsch gemacht.

Das sah auch Gesellschafter Gustav Edelhoff so: “Wir haben traditionell einen sehr guten Ruf als Ausbildungsbetrieb und dem werden wir auch weiterhin gerecht werden. Besonders erfreulich ist jedoch auch, dass der Wirtschaftsbereich Umweltdienstleistungen mehr und mehr als Zukunftsbranche mit vielfältigen und spannenden Aufgabenstellungen und beruflichen Möglichkeiten wahrgenommen wird. Wir freuen uns, wenn wir motivierte und gut ausgebildete Fachkräfte mit in diese Zukunft nehmen können.“ Tradition und Zukunft passen bei Lobbe eben gut zusammen.

Für 39 Azubis begann im August die Berufsausbildung bei Lobbe. „Willkommen im Team“ hieß es für alle auch beim Besuch in der Lobbe-Holding.

1.000 Schritte will die KlimaExpo.NRW bis zum Jahre 2022 gehen. Die neue Wertstoffsortieranlage wurde als „100. Schritt“ in die Liste qualifizierter Projekte aufgenommen. KlimaExpo-Chef Dr. Heinrich Dornbusch (2. v. l.) überreichte Michael Wieczorek (3. v. l.) die entsprechende Urkunde.

Schrittmacher für den Klimaschutz

Neue Anlage Projekt der KlimaExpo.NRW

Düsseldorf / Iserlohn. Wo viel wiederverwertet wird, werden primäre Rohstoffe geschont. Das spart Ressourcen, Energie und dämpft nicht zuletzt den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase. Die neue Wertstoffaufbereitungsanlage am Standort Iserlohn führt Wertstoffe in den Wirtschaftskreislauf zurück, spart dabei nennenswert CO2-Äquivalente ein und optimiert ihren Energiefluss durch ein Energiemanagement-System. Drei gute Gründe für die KlimaExpo.NRW, das Projekt in die Riege der qualifizierten Projekte aufzunehmen.

Die Anfang des Jahres in Betrieb genommene Anlage ist damit der 100. von 1.000 „Schritten in die Zukunft“, die die KlimaExpo.NRW bis zum Jahr 2022 aufzeigt. Ende August nahm die KlimaExpo.NRW Lobbe-Geschäftsführer Michael Wieczorek symbolisch den Schuhabdruck ab. Dr. Heinrich Dornbusch, Vorsitzender Geschäftsführer der Landesinitiative, überreichte die dazugehörige Urkunde: „Hier in Iserlohn ist mehr als eine hochmoderne Wertstoffaufbereitungsanlage entstanden. Die Lobbe-Gruppe setzt hier neue Maßstäbe für die Kreislaufwirtschaft – mit hohen Qualitätsmerkmalen und einem Energiemanagementsystem, das Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz sichert.“

In ihrem ersten Jahr läuft die Anlage nicht unter Volllast und spart derzeit 55.000 CO2-Äquivalente pro Jahr ein. Ab 2016 soll die Kapazität mit 95.000 t/a voll ausgeschöpft und somit die Einsparung auf mehr als 70.000 CO2-Äquivalente jährlich erhöht werden. Ein Zeichen dafür, dass die Kreislaufwirtschaft ihre Verantwortung für den Klimaschutz wahrnimmt.

Für Michael Wieczorek ist die Aufnahme in die KlimaExpo.NRW eine besondere Anerkennung: „Wir sind stolz auf diese Auszeichnung und freuen uns sehr über die Würdigung unseres Engagements. Auch in Zukunft werden wir mit weiteren Aktivitäten nennenswerte Beiträge zum Klimaschutz leisten.“ Aktive Beiträge für eine moderne Kreislaufwirtschaft gehören zum Selbstverständnis bei Lobbe – wie auch zum Selbstverständnis der Branche insgesamt: Ende letzten Jahres wurde die Initiative „Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft“ gegründet, Lobbe war maßgeblich beteiligt.

Gelungener Einstand bei BP in Gelsenkirchen

Claus-Anlage gereinigt

Gelsenkirchen. Diese Stadt steht bekanntermaßen als Synonym für „Schalke“. Blau-weiße Fußballwelt. Nicht ganz so bewusst ist es den Menschen hier, vor allem aber andernorts, dass der Mineralölkonzern BP in den Gelsenkirchener Ortsteilen Scholven und Horst täglich Kraftstoff produziert. So wenig aber wie Strom ganz einfach aus der Steckdose kommt, so wenig kommen auch die Kraftstoffe für Flugzeuge, Schiffe, Busse, Lastwagen und Personenwagen ganz einfach aus der Zapfpistole. Dahinter stehen vielmehr komplexe Anlagen, die aus Rohöl unter anderem Produkte herstellen, die uns komfortable (Massen-)Fortbewegung erst ermöglichen. Der Betrieb solcher Anlagen setzt ein Höchstmaß an Technikverständnis und Verantwortungsbewusstsein voraus. Das erwartet BP auch von seinen Partnern, wenn Revisionen anstehen.

Für die TÜV-Revision 2015 hatte BP rund 1.500 zusätzliche Fachkräfte auf dem Areal. Darunter auch in Spitzenzeiten an die 100 von Lobbe, die unter anderem speziell für die Reinigung der sogenannten „Claus-Anlage“ zuständig waren. Da Lobbe erstmals bei einem BP-Turnaround dabei war, gab es deswegen eine Veröffentlichung in den „TAR-News“. „Das fanden wir richtig gut, weil damit auch alle anderen Kontraktoren und BP-Mitarbeiter über uns informiert waren“, freute sich Projektleiter Theo Vos über den „Lobbe-Steckbrief“. Einige Zeilen in Deutsch und Englisch, treffend formuliert, sodass jeder sich ein Bild machen konnte, wer da nun zusätzlich auf dem Areal mit Fahrzeugen, Maschinen und Manpower unterwegs ist.

„Wir haben nicht zu viel versprochen. Es gab ein positives Feedback zu unserer Arbeit, zu unserer modernen Technik, besonders aber dazu, wie vertraut unsere Leute mit dem Thema Sicherheit umgehen“, war auch Tim Rahlenbeck, Niederlassungsleiter Lobbe Industrieservice am Standort Duisburg, zufrieden. Es sei ein gelungener Einstand gewesen. „Wir sind gut in die Spur gekommen.“ Die bereits erwähnte „Claus-Anlage“ dient der Entschwefelung von Rohöl, was alle Kraftstoffe vom Kerosin bis zum Benzin betrifft, eingeschlossen Diesel und Heizöl. Durch die Entschwefelung werden die Mineralölprodukte wesentlich umweltfreundlicher.

„Das Werksgelände von BP umfasst in Scholven etwa 250 Hektar“, informiert BP auf der Homepage. Die Einbettung in die Stadtlandschaft des Ruhrgebiets habe in den ersten Jahren des Wiederaufbaus nach dem Krieg dazu geführt, dass die Wohnbebauung stellenweise unmittelbar an das Werksgelände herangerückt ist. Zum Erhalt eines guten Verhältnisses zu den Nachbarn werde dieser Tatsache bei allen Planungen – und natürlich auch bei allen Maßnahmen in den produzierenden Anlagen – große Beachtung geschenkt.

So gehörte auch zu dieser TÜV-Revision eine Nachbarschaftsinfo an alle umliegenden Haushalte. „Im Einzelnen werden die betroffenen Anlagen für eine TÜV-Revision zuerst von anderen Anlagen innerhalb des Raffineriesystems getrennt und mit speziellen Reinigungsmitteln produktfrei gespült. Danach werden die Rohrleitungen und Apparate geöffnet und kontrolliert. Es folgen intensive Untersuchungen, Reparaturen und Montagearbeiten. Insgesamt werden über 30.000 geplante Tätigkeiten ausgeführt“, ist dort zu lesen. Gute Information schafft Akzeptanz. Aber das gilt sicherlich nicht nur für Stillstände bei BP in Gelsenkirchen.

In der Petrochemie gelten die schärfsten Sicherheitsvorschriften. Auf Schritt und Tritt werden Mitarbeiter, aber auch die Fremdfirmen, daran erinnert, wie man sich verhalten soll. „Unser Ziel ist, dass Sie gesund bleiben.“ Keine Frage, das ist das Wichtigste.

Stadtwerke-Projekt weist die Richtung

Schadstoffsanierung vor energetischer Sanierung

Karlsruhe. Das Verwaltungsgebäude der Stadtwerke Karlsruhe hat sieben Stockwerke, fünf über der Erde, zwei darunter. Seit Ende April Hand an das umfangreiche Schadstoffinventar gelegt wurde, hat sich vieles verändert, manches sogar grundlegend. Der Energie- und Wasserversorger bringt seinen Sitz energetisch auf Vordermann, erhöht damit gleichzeitig den Komfort für die Mitarbeiter und peppt sein „inneres“ Erscheinungsbild im Interesse der Besucher, sprich Kunden, auf. An Primärenergie sollen 30 Prozent eingespart werden. Professionelle Beratung kommt unter anderem vom Fraunhofer Institut.

Das Paket für die Schadstoffsanierung durch Kluge war ausgesprochen vielschichtig und notwendige Voraussetzung für die späteren „energetischen“ Maßnahmen. In allen Etagen waren Materialien mit künstlichen Mineralfasern (KMF) vorhanden: Wandverkleidungen, Deckenplatten, Fassadendämmungen, Isolierungen von Rohren, Lüftungskanälen, technischen Anlagen. Asbestschnüre fanden sich unter anderem in allen Leichtbauwänden mit Brandschutzanforderungen, in den Bereichen von Aufzugsschächten und der Deckenabhängungen. Asbesthaltige Bauteile wurden zudem im gesamten Gebäude in Brandschutztüren, an Dichtungssystemen und bei den Bodenschienen der Systemwände verwendet.

Peter Selbert und Andreas Klöck teilen sich bei Kluge die Leitung des Projektes, beide sind schon viele Jahre im Geschäft: „Der Auftragsumfang ging über die klassische Schadstoffsanierung weit hinaus, weil auch sämtliche Kabel, Rohrleitungen sowie Küchenzeilen und Sanitärinstallationen entfernt wurden. Im Grunde haben wir das Verwaltungsgebäude mit der kompletten Entkernung wieder in seinen Rohbauzustand versetzt. Innen stand sozusagen nur noch das nackte Beton-Skelett.“

Für einen schnellen und zeitsparenden Ablauf waren parallele und überlappend getaktete Arbeiten in den Stockwerken erforderlich. So gab es pro Stockwerk eine Vielzahl von Schwarz-Weiß-Bereichen an den unterschiedlichsten Stellen. Insgesamt wurden Personal- und Materialschleusen rund 120 Mal auf- und abgebaut, einhergehend mit der Herstellung von Abschottungen und der Installation von Geräten zur Unterdruckhaltung und Raumluftmessung. „Das waren zeitlich und logistisch schon außergewöhnliche Umstände unter denen wir gearbeitet haben“, so Selbert.

Inzwischen hat Stockwerk für Stockwerk schon die eigentliche energetische Optimierung begonnen. Dabei spielen für die Stadtwerke Karlsruhe auch solche Aspekte wie „Corporate Identity“ und „Markenimage“ eine Rolle. Auf die Umsetzung des Planes in die Wirklichkeit darf man gespannt sein. Sicherlich ist das Projekt der Stadtwerke Karlsruhe richtungweisend.

Die nackten Zahlen: Tonnen, Quadratmeter, laufende Meter

Ständiger Personaleinsatz: ca. 30 Mann
1-Kammer-Personal / Materialschleusen: 20 Stück
2-Kammer-Materialschleusen: 10 Stück
4-Kammer-Personalschleusen: 20 Stück
Unterdruckhaltegeräte: 25 Stück
Freimessungen: 30 Stück
Bodenschutz: 11.000 qm
Schottungen: 3.500 qm
Reinigung Asbest: 3.700 qm
Reinigung KMF: 8.900 qm
Demontage Brüstungen: 1.100 lfd. M
Demontage OWA-Decken: 8.700 qm
Demontage Aluwabendecke: 8.700 qm
Demontage Metallpaneeldecken: 3.500 qm
Demontage Gardinen- u. Sonnenschutz: 900 lfd. M
Demontage Systemwände: 3.000 qm
Demontage Doppelboden: 10.000 qm
Demontage Estrich u.Fliesen: 2.800 qm
Demontage WC/Waschbecken: 110 Stück
Demontage Leuchten: 3.000 Stück
Demontage div. Rohrleitungen: 14.000 lfm
Entsorgung Altholz: 450 t
Entsorgung KMF: 100 t
Entsorgung Gips: 30 t
Entsorgung Asbest: 15 t
Entsorgung Bauschutt: 650 t
Entsorgung Metall/Schrott: 300 t
Entsorgung Kabel: 20 to = 188.000 lfd. M

8.700 Quadratmeter Aluwabendecke mussten ausgebaut werden. Permanent in Funktion waren 30 Mehrkammerschleusen und 20 Einkammerschleusen mit den dazugehörigen Abschottungen. An vielen Stellen waren Schadstoffe „im Verbund“ zu sanieren, hier Asbestschnüre und KMF beim Übergang vom Boden zu den Wandpaneelen.

Flexibel unterwegs auf 4.000 Straßen im Oberbergkreis

Marienheide. Die Gemeinde ist oberbergisch. Viele kleine Ortsteile, enge Straßen, Sackgassen. Siedlungen, Bungalows, Einfamilienhäuser, schmucke Vorgärten. Die Luft ist angenehm an diesen letzten warmen „goldenen“ Oktobertagen. Mehr als nur ein kleiner Hauch von „Indian Summer“. Die Blätter an den Bäumen leuchten in allen herbstlichen Schattierungen. Dazwischen die immer noch grünen Wiesen. Und den letzten kontrastreichen Farbtupfer setzt ein tiefblauer Himmel. Urlaubsstimmung. „Ja, das hat was“, lacht Arnold Donath am Steuer seines Seitenladers der neusten Generation. Sicher, fast schlafwandlerisch, bugsiert er den Dreiachser heute durch Müllenbach, Niedernhagen und Obernhagen. Ein topografisch durchaus anspruchsvolles Terrain, ein bisschen Berg- und Talfahrt vor allem zu den abgelegenen Häusern. Rund 3,3 Millionen Euro hat Lobbe investiert, um auf den rund 4.000 Straßen im Verbandsgebiet des „ASTO“ so flexibel und wirtschaftlich wie möglich unterwegs zu sein.

Mehr dazu auf den nächsten beiden Seiten.

Logistikinvestition für Gebührenstabilität

Vertrag gewährleistet Planungssicherheit

Gummersbach / Marienheide. Als vor wenigen Monaten die ersten neuen Seitenlader-Entsorgungsfahrzeuge durch die Abfuhrreviere des Abfall- und Transportverbandes des Oberbergischen Kreises (ASTO) fuhren, sorgte das für besondere Aufmerksamkeit. Seit den 80er Jahren war man zwar bereits an halbautomatische Sammelfahrzeuge wie den MSTS Packer I oder zuletzt den Easypress im Straßenbild gewöhnt, aber diese gehörten eben in die Kategorie Frontlader. Die Umstellung auf die Seitenladertechnik wurde daher mit großem Interesse wahrgenommen.

Achtung Seitenlader! Ein Aufkleber am Fahrzeug macht Passanten auf die für sie ungewohnte Technik aufmerksam. Alle Achtung hat das Fahrzeug aber auch sonst verdient. Im Einsatz ist es sehr effizient und umweltfreundlich. Lediglich sieben Sekunden dauert ein Ladevorgang, der vom Fahrer komplett über Joystick gesteuert wird. Über mehrere Kameras wird das Geschehen im Straßenumfeld, im Laderaum sowie im Bereich der Hebesteuerung aufgenommen und über Monitore im Führerhaus überwacht. Dass die Behälter nur noch über den Monitor gesehen werden war für die Fahrer erst einmal ungewohnt. Sie sind nach intensiver Schulung inzwischen einhellig der Meinung, dass die neuen Fahrzeuge auch hinsichtlich Benutzerkomfort und Arbeitssicherheit dem neuesten Stand der Technik entsprechen.

Es gibt sie nicht, die universelle Fahrzeugtechnik für alle Infrastrukturen. Entsorgung in größeren Städten funktioniert anders als in eher ländlichen Gebieten. Von daher muss der Fahrzeugbestand zu unterschiedlichen städtebaulichen Gegebenheiten passen. Hier ist der Seitenlader auf den etwa 4.000 Straßen im Verbandsgebiet des ASTO flexibel einsetzbar. Stehen die Behälter in der richtigen Position, können sie auch in engeren Straßen problemlos aufgenommen werden. Mit der Flexibilität, aber auch der Zuverlässigkeit dieses Fahrzeugtyps hat Lobbe bereits in anderen Kommunen und Verbandsgebieten gute Erfahrungen gemacht. Als nach einer EU-weiten Ausschreibung feststand, dass Lobbe ab Januar 2015 für die nächsten sieben Jahre wieder mit der Komplettentsorgung in den sechs Städten des ASTO beauftragt wird, bestand auch für die Modernisierung des Fahrzeugbestandes im Oberbergischen die notwendige Planungssicherheit.

In kaum einem anderen Bereich steht Wirtschaftlichkeit so im Fokus der Öffentlichkeit wie bei der Beauftragung privater Entsorgungsunternehmen mit kommunalen Entsorgungsaufgaben. Hier gilt es Service, Umweltaspekte oder auch gesetzliche Anforderungen in Einklang zu bringen mit den Abgaben der Gebührenzahler. Wenn Gebühren zumindest nicht steigen sollen, müssen Abläufe und Logistik nicht nur kontinuierlich analysiert werden. Verbesserungen setzen immer auch die Investitionsbereitschaft des Entsorgungsunternehmens voraus. Rund 3,3 Mio. Euro hat Lobbe in die Fahrzeugflotte der Niederlassungen Bergneustadt und Marienheide investiert. Im Frühjahr 2016 werden die letzten Fahrzeuge ausgeliefert. Den jetzt im Einsatz befindlichen fünf Seitenladern werden bis dahin weitere fünf folgen. Ebenso für die Gewerbeabfall-, Sperrgut- und Wertstoffsammlung werden dann 11 weitere neue Fahrzeuge im Einsatz sein, denn auch für die unterschiedlichen Abfallarten und Sammelsysteme gibt es die universelle Fahrzeugtechnik nicht.

Grund genug für Geschäftsführer Michael Wieczorek, mögliches Optimierungspotential im Blick zu behalten. „Wir arbeiten ständig daran. Das ist nicht nur Voraussetzung für Kundenzufriedenheit, sondern auch für unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit letztlich für die Arbeitsplatzsicherung unserer Mitarbeiter.“ Dabei ist die neue Fahrzeugflotte im Oberbergkreis nur ein Beispiel für Investitionen, die Arbeitsplätze nicht nur sichern, sondern zugleich neue schaffen.

Neue Seitenladertechnik im praktischen Einsatz. Selbst zwischen zwei Fahrzeugen eingekeilte Mülltonnen lassen sich problemlos aufnehmen, entleeren und wieder abstellen.

Im Verbandsgebiet des ASTO ist die Infrastruktur wie in anderen ländlichen Gebieten sehr heterogen. Mit der Modernisierung des Fuhrparks hat Lobbe Flexibilität hinzugewonnen, in die neue Fahrzeugflotte wurden an den Standorten Marienheide und Bergneustadt rund 3,3 Millionen Euro investiert.

Mitglieder der Verbandsversammlung und ASTO-Mitarbeiter folgten gerne der Einladung nach Marienheide, um sich die neuen Fahrzeuge präsentieren zu lassen.

Bielefelder Gasometer bald nur noch Geschichte

Großbehälter wird abgerissen

Bielefeld. „Da kommt im Lauf der Jahre schon was zusammen“, blättert Olaf Schwiers durch seine Projektreferenzen für „Großbehälter“. An die drei Dutzend Gasometer und Vorratstanks, dürften es sein, die in der Sammlung aufgeführt sind. Nicht jedes Projekt ist von A bis Z beschrieben. Aber jedes bedeutet auch ohne weitere Erläuterungen neue Erfahrungen, neue Erkenntnisse, Zuwachs an Wissen. Ganz selten geht inzwischen eine Ausschreibung an Lobbe vorbei. „Wir sind in dieser Marktnische ganz gut vertreten, mögliche Auftraggeber kennen uns“, weiß Projektleiter Schwiers. Lobbe hat einen guten Ruf.

Das wissen sie auch in Bielefeld. Der alte Gasometer im Ortsteil Heeper-Fichten wurde 1936 in Betrieb genommen. Mit einem Fassungsvermögen von 60.000 Kubikmetern Gas zählt er zu denen mittlerer Größe. Der größte jemals gebaute Gasbehälter steht mit 345.000 Kubikmetern Fassungsvermögen in Greenwich (Großbritannien). Der in Bielefeld wurde erst 2013 außer Betrieb genommen. Bis dahin hatte er Gas gespeichert und bei Spitzenlast abgegeben, sicherte so die Versorgung von Bürgern und Wirtschaft ab. Aus dem Stadtbild wird er in Kürze verschwinden, der Abriss ist beschlossene Sache. Die Infrastruktur des Bielefelder Gasnetzes kommt inzwischen ohne den Gasometer aus.

50 Meter ragt der Gasometer in die Höhe. Wer die Treppe bis oben erklimmt, hat einen herrlichen Ausblick in alle Himmelsrichtungen. Etwa 40 Meter tiefer sieht man das Dach, das sich auf Teleskopen nach oben und unten bewegte. Unten, am Fuß des mit sogenanntem „Sperrwasser“ gefüllten Beckens, werden gerade Proben gezogen. „Die müssen noch heute analysiert werden. Wir drücken aufs Tempo, damit wir das gereinigte Wasser so schnell wie möglich in die Kanalisation einleiten können“, erklärt Elmar Hölper. Er leitet die Lobbe-Betriebsstätte in Bielefeld, über sie wird ein Großteil der Rückstände aus dem Gasometer entsorgt. Schwiers schätzt die Arbeitsteilung: „So komfortable Unterstützung von eigenen Leuten vor Ort haben wir eher selten.“

Stand Ende Oktober liegt das Projekt im Plan. Mengentechnisch sieht die Bilanz wie folgt aus: Es fielen 21.000 Kubikmeter Sperrwasser, 240 Tonnen Gasomol (Spezialöl auf dem Sperrwasser), etwa 1.000 Tonnen Schlammrückstände auf dem Boden des Beckens und rund 400 Tonnen Reinigungsrückstände an. Vom Prinzip her sei alles glattgelaufen, so Schwiers. Nur der Umstand, dass es zum Einstieg in den Gasometer keine Mannlöcher gegeben habe, sei sehr ungewöhnlich gewesen. So mussten die Löcher erst geschnitten werden.

Der eigentliche Abriss, eher vergleichbar mit einer strukturierten Demontage, wird in diesen Tagen beginnen. Bald ist der Bielefelder Gasometer nur noch Geschichte.

Auch wenn der Gasometer außer Betrieb ist und abgerissen wird, gelten die Hinweise weiterhin.

Wer die Treppenleiter bis ins „oberste Stockwerk“ des Gasometers nimmt, hat einen ungewöhnlichen Blick auf Bielefeld. Lange wird es den nicht mehr geben, die Abrissarbeiten haben inzwischen begonnen. Zuvor wurde das Sperrwasser abgepumpt und über einen Schwerkraftabscheider mit nachgeschaltetem Aktivkohlefilter gereinigt. Rechts Olaf Schwiers (l.) und Elmar Hölper bei der Probennahme.

Vom Offiziershotel zum Kreativzentrum

Neue Nutzung für Tempelhofs „H2 rund“

Berlin. Tempelhof. Platz der Luftbrücke. Hinter dem schlichten, dennoch eindrucksvollen Luftbrückendenkmal scheint das Gebäude „H2 rund“ wie mit ausgebreiteten Armen den Platz umschlingen zu wollen. Früher – nach dem 2. Weltkrieg - logierten hier im „Columbia House“ der US Air Force durchreisende Offiziere. Die Unterkünfte waren militärisch-funktional, würden heute den Ansprüchen eines Hotels nicht mehr genügen, hatten damals aber und bis in die späten achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einen gewissen Charme. Den der Neuzeit soll das Gebäude bald wieder ausstrahlen.

An der Zufahrt zur ehemaligen „Ankunft“ am Zentralflughafen haben sie ein Parkverbotsschild ausgestellt mit dem Hinweis auf „Filmarbeiten“. In der Tat: Die Kulisse ist filmreif, unabhängig vom Genre. Einen Fernsehfilm Wert gewesen wäre auch die umfangreiche Schadstoffsanierung, die Kluge im Gebäude mit der Bezeichnung „H2 rund“ erledigt hat. „Aber man kann ja nicht alles haben“, trauert Burkhard Fischer, Leiter der Kluge-Niederlassung Berlin, dem nicht ernsthaft nach.

Zimmer, Bäder, Flure, eine Bar, die Lounge, das Restaurant, ein paar Büros, der Eichensaal, die Clubs, ein Casino. Dutzende Räume im „H2 rund“. Ein Raum ohne Schadstoff ist die Ausnahme. Im Wesentlichen geht es bei der Sanierung um asbesthaltige Pappen und Pappenreste, asbesthaltige Flexplatten einschließlich Kleber (Vinyl-Asbestplatten), asbesthaltige Rohrisolierungen, Brandschutzklappen und Türen, Künstliche Mineralfasern (KMF) als Dämmung an unterschiedlichen Bauteilen. Außerdem sind PAK-haltige Sperrschichten und Parkettfußböden mit teerhaltigem Kleber zu entfernen. Von der Sanierung ausgenommen hat das Land Berlin als Auftraggeber allerdings ausgewählte Bereiche, die aus denkmalpflegerischer Sicht im Originalzustand bleiben müssen. Die Sanierungsarbeiten gestalten sich äußerst kleinteilig. Fischer: „Das Projekt ist eine Herausforderung in vielerlei Hinsicht. Unterschiedlichste Schadstoffe, Arbeitsschutz, Zeitdruck, Denkmalschutz.“

Asbesthaltige Flexplatten zu Hunderten. Ablösen, absaugen, verpacken. Unten: Mehrkammerschleuse, zwei bereits sanierte Räumlichkeiten, die später für Veranstaltungen genutzt werden sollen.

Als Flughafen hatte Tempelhof seit 2007 ausgedient. Der weltweit einzigartige Gebäudekomplex am Platz der Luftbrücke verbreitet Geschichtsatmosphäre in vielerlei Hinsicht. Das NS-Regime hatte ihn damals als monumentales Symbol der Macht umbauen lassen. Nach dem 2. Weltkrieg garantierte er als US-Air-Base die Freiheit Berlins als Bestandteil der westlichen Welt. Unbeugsam und unvergessen hatten Amerikaner und die Menschen in West-Berlin von Juni 1948 bis Mai 1949 der russischen Blockade standgehalten. Die Stadt war damals nur über drei Luftkorridore versorgt worden, weil die Russen als Reaktion auf die Einführung der D-Mark in den drei Westsektoren Berlin alle anderen Zufahrtswege blockiert hatten. Als den Russen klar wurde, Berlin nicht niederringen zu können, hoben sie die Blockade auf. Die Flughafengebäude (im Hintergrund das „H2 rund“) stehen heute unter Denkmalschutz, rechts das Luftbrückendenkmal.

Mittlerweile sind die Sanierungsarbeiten abgeschlossen. Nun hat die Tempelhof-Projekt-Gesellschaft die Aufgabe, das denkmalgeschützte Flughafengebäude weiter zu öffnen und lebendig zu gestalten. „In die historischen Räume sollen vor allem Unternehmen aus der Kreativwirtschaft und dem Bildungsbereich angesiedelt werden“, heißt es auf der Internetseite. Gastronomische Einrichtungen, gezielte Informationsangebote für die Nachbarschaft aber auch Touristen sowie die Möglichkeit, bestimmte Räume für Ausstellungen und Konferenzen zu nutzen, sollen dazu beitragen, das ehemalige Flughafengebäude für die Stadtgesellschaft zu öffnen und mit den umliegenden Nachbarschaften zu verbinden. Am Platz der Luftbrücke soll ein lebendiger Ort für Unternehmen aus der Kreativwirtschaft entstehen. Die Schadstoffsanierung war dafür ein entscheidender Baustein des Gesamtkonzeptes.

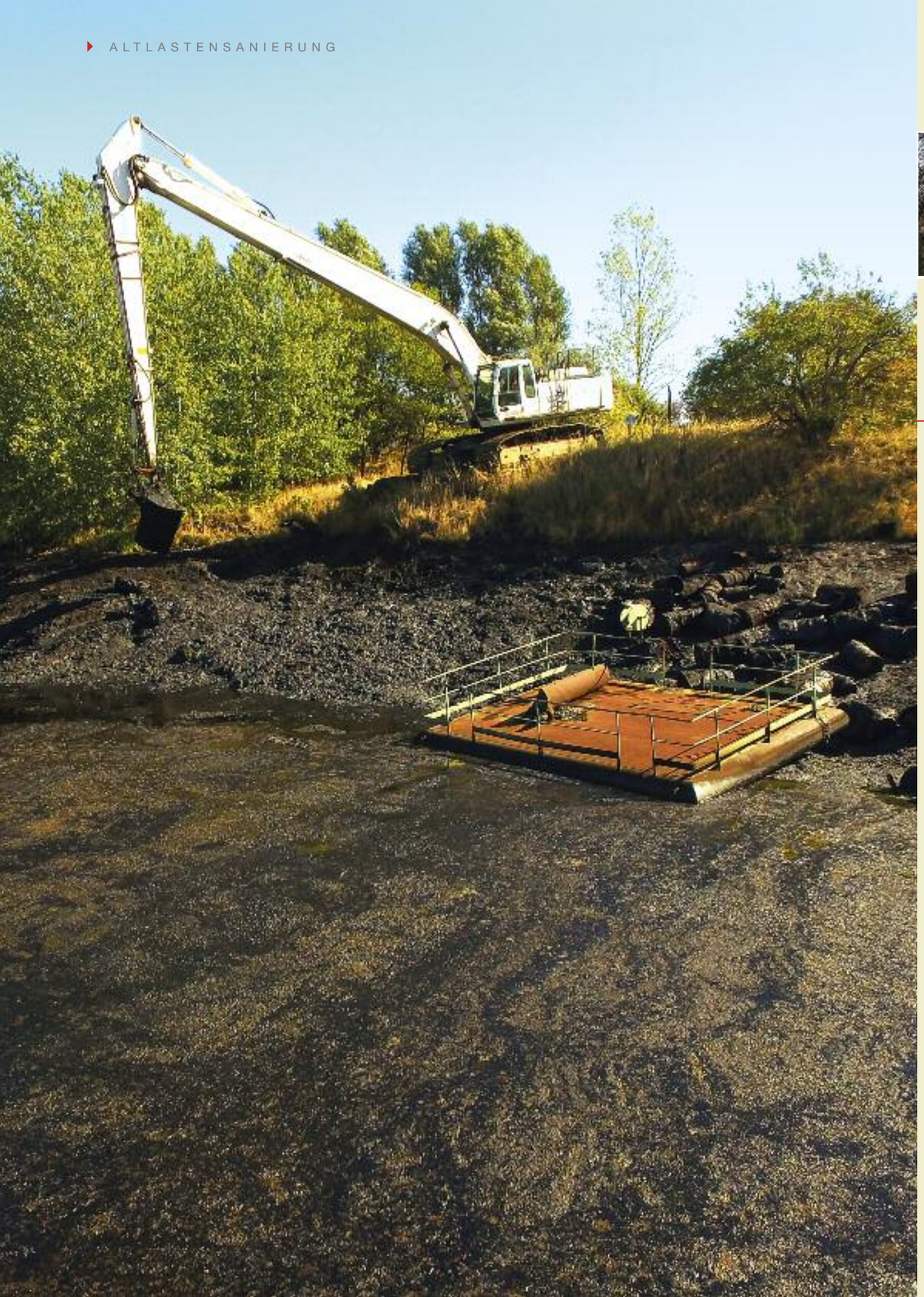
Fast ein Jahr lang wurde Berlin während der russischen Blockade auf dem Luftweg versorgt. Mit ihren „Rosinenbombern“ sicherten die US-Piloten die Freiheit West-Berlins. Diese DC-10 steht auf dem Flugfeld hinter dem Gebäude „H2 rund“.

Die „Große Hölle“ verliert zusehends ihren Schrecken

Bis ins polnische Stettin sind es mit dem Auto nicht mal 60 Kilometer, bis Berlin etwas mehr als 100. Der Ort nahe der A 11 heißt „Zichow“, hat rund 650 Einwohner und ein Eiszeit-Loch, das bis 1990 bevorzugte Endstation für Transporte von Abfällen aus verschiedensten DDR-Betrieben war. Über Jahrzehnte hinweg fanden die Rückstände damals ihren Weg in die Uckermärker Provinz. Keine Kontrolle, keine Aufzeichnungen, keine Mengen. Rein formal wird die so genannte „Große Hölle“ als „Sonderschadstoffdeponie“ geführt, was nichts anderes heißt, dass hier nach heutiger Begriffsdefinition gefährliche Abfälle lagern. Rückstände aus der Erdöl- und Chemieproduktion. Nach Stand der letzten Schätzungen dürften es sich ursprünglich um etwa 40.000 Tonnen gehandelt haben. Bis Ende Oktober war der Gesamtinhalt auf rund 20.000 Tonnen geschrumpft, vom Aussehen her nach irgendetwas zwischen Teerpampe, Öl und ölhaltigem Wasser. Seit Mai wird aufwändig saniert, schließlich haben die Zichower mehr als 25 Jahre auf diesen Moment des Beginns gewartet, wurde ihre Geduld auf eine harte Probe gestellt. Nun aber ist das Ende in Sicht und in Zichow sind sie sich, seit Lobbe vor Ort ist, einig: „Die Große Hölle verliert nun doch zusehends ihren Schrecken.“

Mehr zu dem Sanierungsprojekt auf den nächsten beiden Seiten.

Foto: Rick Thorhauer



Bereits kurz nach der Wende hatte die Erkundung der „Großen Hölle“ stattgefunden. Seit Mai 2015 wird saniert, kontaminiertes Oberflächenwasser über Hochleistungs-Ölabscheider (rechts) gereinigt.

Erdöl- und Chemie-Abfälle im Eiszeit-Loch

Früher wurde auch mal „abgefackelt“

Zichow. Das Loch an sich stammt aus der letzten Eiszeit, der gefährliche Inhalt hat seinen Ursprung in der Neuzeit. Als „Große Hölle“ tituliert geht es als ein Teil der Orts- und Industriegeschichte in die Annalen ein. Zwischen 1964 und 1990 diente die Geländesenke der unkontrollierten Ablagerung hauptsächlich von Erdöl- und Chemieabfällen von Betrieben aus der Region. Seit der Wende hatten die Bürger immer wieder die Sanierung angemahnt, bis endlich der gordische Finanzierungsknoten durchschlagen wurde. Bund und das Land Brandenburg tragen die Kosten, der Uckermark-Kreis bleibt verschont. Seit April 2015 wird nun saniert.

Lobbe-Projektleiter Karl-Heinz Hanisch lässt sich die gerade erstellten Luftaufnahmen auf einem Laptop zeigen. Die Sanierung geht gut voran. Bei der Wasserphase, die mittlerweile komplett abgepumpt werden konnte, kamen insgesamt rund 22.000 Kubikmeter zusammen. Hanisch: „Die gesamte Menge haben wir per Saugwagen in eine nahegelegene Kläranlage transportiert. Um dort Störungen zu vermeiden, wurde die komplette Wasserphase vorsorglich über einen Öl- und Feststoffabscheider gezogen. Damit war gewährleistet, dass in der Kläranlage keine Probleme auftreten konnten.“ Trotz kleinerer Verzögerungen liegt das Projekt im Zeitplan, im Frühjahr 2016 soll es abgeschlossen werden.

Bis dahin aber ist noch einiges zu tun. Dietmar Lück, der vor Ort die Regie führt: „In den nächsten Schritten werden wir noch weitere 25.000 Tonnen nicht pumpfähigen Ölschlamm und die Fässer aus der Deponie bergen und entsorgen. Hinzu kommen rund 3.000 Tonnen punktuell stark kontaminierter Boden aus dem Umfeld der Deponie.“ Der Ölschlamm wird vorentwässert, in dem er zunächst auf mit Betonelementen eingefassten vorbereiteten Flächen abgelegt wird. Durch den Eigendruck wird das Wasser herausgepresst, dann aufgefangen und in die Abscheider gepumpt.

Früheren Schätzungen nach sollen sich in der „Großen Hölle“ ursprünglich bis zu rund 140.000 Tonnen Abfälle befunden haben. Der Mengenschwund könnte einen Grund haben: Zu DDR-Zeiten wurde die Deponie mehrmals „abgefackelt“, um wieder Platz zu schaffen. Gut, dass diese Zeiten vorbei sind und die Wäsche auf der Leine nicht mehr abgenommen werden muss.

Je tiefer der Flüssigkeitsspiegel sinkt, umso mehr Fässer sind aufgetaucht. Die meisten zerstört, die weniger intakten mit vermutlich giftigen Inhalten.
Fotos: Rick Thorhauer

Stillgestanden - Nichts geht mehr im Stahlwerk

96-Stunden-Putzschicht bei HKM in Duisburg

Duisburg. Stahl und Kohle gehören immer noch zusammen wie Pech und Schwefel. Wo, wenn nicht wie hier bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) in Duisburg wird das deutlich. Ohne Kohle kein Koks, ohne Koks kein Stahl, ohne Stahl keine Windräder, Autos, Maschinen, keine Schienen, Schiffe, Brücken, Häuser. Wer sich das klar macht, wird letztendlich verstehen, warum Stahlproduktion so wichtig ist, dass sie laufen muss, damit wir unseren Alltag gestalten können. Lobbe Industrieservice trägt dazu bei.

Die „96-Stunden-Putzschicht“ steht an. Alles hier an der Ehinger Straße mehr oder weniger in einer Art „Ruhestellung“. 96 Stunden heißt vier Tage lang kompletter Stillstand des Stahlwerks, bedeutet für die Contractoren 96 Stunden ununterbrochener Einsatz. 3-Schicht-Betrieb auch für Lobbe. Das Team wächst zwischenzeitlich auf über 250 Mann. Es kommt darauf an, zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein und trotzdem auf die vielen kleinen Unwägbarkeiten vorbereitet zu sein, die sich im Verlauf einer solchen Revision ergeben können. Lobbe-Projektleiter Klaus Drathjer: „Das ist nur möglich durch konstruktive Teamarbeit aller Beteiligten, nicht nur hier vor Ort, sondern auch seitens unserer Abteilungen in der Niederlassung.“

Lobbe-Einsatzplan weist detailliert an die 300 Einzelpositionen aus

Der Lobbe-Plan, wie die Fachwerker und ihre Helfer disponiert werden, umfasst an die 300 Einzelpositionen. Mit Phantasie kann der Laie einige der zum Teil kryptischen Abkürzungen und Begriffe deuten. Aber die Fachleute wissen genau, was sich hinter den Kürzeln und Zahlen verbirgt. Jeder Position sind Technik, Anzahl Personal und ein Zeitraum zugeordnet. Manchmal auch hektisch überholt sich das ein oder andere während der vier Tage. Aber jeder hier kennt das, hat sich daran gewöhnt. Flexibilität ist nicht nur „Trumpf“. Nein, sie ist auch Pflicht.

Ohne die entsprechende moderne Technik wären Stillstände in einem angemessenen Zeitraum nicht zu bewältigen. Lobbe bietet bei HKM modernstes Equipment auf, sichtbar im Außenbereich wie auch im Innenbereich des Stahlwerks. Disponiert werden die Einsätze direkt im HKM-Stützpunkt.

Gleich mit dem Beginn bei HKM Anfang 2013 wurde ein Lobbe-Stützpunkt direkt im Werk eingerichtet. Hier wird auch während der Revision professionell koordiniert, was der Einsatzplan an Zeiten und Aufgaben vorgibt. Die Schichtwechsel gehen reibungslos ineinander über, es ist ein ständiges Kommen und Gehen. Hakt es irgendwo, gibt es immer jemanden, der spontan eine schnelle, praktikable Lösung parat hat. „Wir müssen konsequent sicherstellen, dass die Revision keine Minute länder dauert als vorgesehen“, weiß Klaus Drathjer, der das Werk bis in den letzten Winkel kennt.

Nach 95 Stunden und 59 Minuten ist die Aktion beendet. Von allen fällt die Spannung ab. Noch bevor der erste Hochofen wieder angefahren wird, hat bei Lobbe jemand den Grill angeworfen. Die Würstchen gehen gut weg. Unterdessen wird der Termin für die nächste „96-Stunden-Putzschicht“ bekannt gegeben. Nach dem Stillstand ist eben wie immer vor dem Stillstand.

Blick auf die HKM-Kokerei. Aus Kohle wird Koks, der für die Stahlerzeugung unerlässlich ist. Der Transport der Kohle erfolgt auf dem Wasserweg, die Schiffe werden im Rheinhafen von HKM gelöscht.

Sieht einfach aus, ist es aber nicht. Das Schießen mit der Sandkanone will gelernt sein. Den notwendigen Druck, damit der Sand im Geschoßfang landet, erzeugen Luftförderanlagen.

„Lobbe-SEK“ für Polizei im Einsatz

Geschossfang treffsicher saniert

Märkischer Kreis. Der ausgediente Steinbruch im westlichen Sauerland liegt abseits. Diesen versteckten Ort nutzen die Spezialkräfte der NRW-Polizei als Trainingsgelände für den Umgang mit Schusswaffen. Momentan herrscht zwischen den Felswänden in dieser Hinsicht aber „Funkstille“. Stattdessen erzeugt Luftfördertechnik von Lobbe eine völlig andere Geräuschkulisse. Fünf Tage lang dröhnt und zischt es. Laut, ununterbrochen. 600 Pferdestärken im Volllast-Betrieb.

Frühmorgens ist hier im Steinbruch die „Operation Geschossfang“ angelaufen. In drei Segmenten muss der mit unterschiedlichsten Projektilen gesättigte Sand ausgetauscht werden, um mögliche Gefährdungen der Schützen und der Umwelt durch Querschläger auszuschließen. Dafür hat nun das „SEK“ (**S**aug- und **E**inblas-**K**ommando) von Lobbe für rund fünf Tage das Sagen. Die Aufgabenstellung ist klar vorgeben: 200 Tonnen Sand zunächst ausbauen, sach- und fachgerecht entsorgen und dann die gleiche Menge neues Material wieder einbringen. Danach geht der Schießbetrieb wieder los und Lobbe muss - im wahrsten Sinne des Wortes - komplett aus der Schusslinie sein. Genau wie bei den „echten“ Einsätzen des SEK geht der „Operation Geschoßfang“ eine detaillierte Planung voraus.

Die „Phase 1“ der Aktion dauert rund zwei Tage. Tonne um Tonne wird der Sand aus den Segmenten in die Kessel der Industriesaugzüge gesaugt und gelangt von dort in Containermulden. Eigentlich kein „Hexenwerk“, aber der Teufel steckt wie so oft im Detail, da es die örtliche Infrastruktur nicht hergibt, die Gesamtzahl erforderlicher Containermulden komplett aufzustellen. An- und Abtransport erfolgen somit im Pendelverkehr. Streng nach Fahrplan läuft das ab, auch die Disponenten haben alle Hände voll zu tun, und am Ende sind es 24 Fuhren von jeweils 10 Tonnen, die auf dem Leistungsschein stehen.

In „Phase 2“ werden nun innerhalb von drei Tagen rund 200 Tonnen oder 125 Kubikmeter neuer Sand wieder eingebracht. Entscheidend für diese Aktion ist die Treffsicherheit der Schützen an den „Sandkanonen“. Das ist durchaus eine kleine Wissenschaft für sich. Der erste „Schuss“ muss nämlich sitzen, damit später der Winkel und die Stärke des Sandauftrags den vorgeschriebenen Werten entsprechen. Unabhängig davon dürfen die Konstruktionen und Einbauten der Schießanlage nicht mit Sand verunreinigt werden. Aber letztendlich ist für das I-Tüpfelchen immer noch die Handarbeit mit Harke, Schüppe, Kelle, Richtlatte und Besen notwendig - trotz aller Technik, Treffsicherheit und Erfahrung.

Spezialkräfte trainieren Umgang mit Schusswaffen in einem ausgedienten Steinbruch

Ihren Schießstand haben die Spezialkräfte der Polizei inzwischen wieder viele Male genutzt. Den Job von Lobbe wussten die Verantwortlichen gut zu beurteilen: „Planung, Timing und Präzision waren vorbildlich.“ Somit bestehen gute Chancen, dass Lobbe auch beim nächsten Mal sein „SEK“ in den Einsatz schicken kann.

Uwe Lietz